

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 16 (1975)
Heft: 4

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

teigenossen darüber wachen, dass die zentralen Weisungen «richtig» befolgt werden. Zur Korrektur untauglicher Weisungen sind sie gar nicht befugt.

Eine wichtige Aufgabe der Ueberwacher von oben bis unten besteht darin, aufzupassen, dass man mit dem Volksvermögen sorgfältig umgeht, dass man die Versorgungslücken oder andere Gelegenheiten nicht zu privaten Geschäften und zur eigenen Bereicherung ausnützt. Wird ein Mangel an Waren oder Dienstleistungen festgestellt, so ist er auf dem Dienstweg der Zentrale zu melden, welche die Angelegenheit erst einmal prüft und dann entscheidet, was zu geschehen hat. Wenn man die uneigennützig Verwaltung

des Gemeinschaftseigentums postuliert, braucht es eben den entsprechenden zeit- und kostenaufwendigen Kontrollapparat. Wobei seine Mitglieder dank ihrer erhöhten Möglichkeit zum Missbrauch ihres Amtes erst noch selber kontrolliert werden müssen. An der Spitze der Pyramide hört das allerdings auf.

Die zentrale Lenkung und Ueberwachung mitsamt ihrer Unterdrückung der Privatinitiative hat in der Praxis noch eine Auswirkung, die schwer wiegt: die Minimalarbeit gemäss Plan. Weil bessere Arbeit keine besseren Löhne oder Preise bringt, arbeitet jeder so viel und so gut, wie es von der Norm vorgeschrieben wird. Die Möglichkeiten, durch bessere Leistungen den

Konkurrenten zu überrunden, werden nicht genutzt, weil sie eben keinen Nutzen versprechen. Der Arbeiter in der Planwirtschaft hat zu seiner Arbeit die gleiche Einstellung wie der Soldat zu seinem Dienst. Er leistet gerade so viel, dass er nicht bestraft wird. Aber er leistet auch nicht mehr als dieses Minimum, weil mehr nicht mehr einbringt.

*

Unsere beiden Beispiele aus Polen zeigen nicht nur, bis wohin der planwirtschaftliche Staatsapparat hineingreift; sie zeigen auch, wo für alles eine besondere Bürokratie aufgestellt werden muss, wenn man das marktwirtschaftliche Gleichgewicht von Nachfrage und Angebot durch eine planmässige Versorgung ersetzt hat.

Parteiapparat, Planungs- und Verteilungsbürokratie, Kontroll- und Ueberwachungsorganisation, alle diese Einrichtungen brauchen Personal, das der Produktion entzogen ist, aber von der Gesamtheit bezahlt werden muss.

Weil die Planwirtschaft ein unabdingbares Element der kommunistischen Staats- und Wirtschaftsdoktrin ist, darf man sie in jenen Ländern nicht grundsätzlich kritisieren oder gar in Frage stellen. Die Kritik bleibt auf die unterste Stufe der Bürokratie beschränkt; sie darf sich nur mit den Symptomen, nicht aber mit den Ursachen befassen. Und deshalb werden die «Mängel», die vom System bedingt werden, auch nicht verschwinden, solange dieses fortbesteht.

V. P.

die politische meinung

Zweimonatshefte für Fragen der Zeit

Die erste Ausgabe des 20. Jahrgangs (Heft Nr. 158) widmet sich aus aktuellem Anlass mit Vorrang dem Thema:

«Die Freiheiten im Rechtsstaat»

Dazu schreiben:

Innenminister Heinz Schwarz:	«Sicherheit gegen Terror?»
Bundesrichter Prof. Dr. Günther Willms:	«Grundrechte vor dem Richter»
Prof. Dr. Erich Schwinge:	«Wenn Anwälte Komplizen werden»
Franz Kaufherr:	«Politische Prozesse heute»
Otto B. Roegele:	«Schlagwort Tendenzwende»

In Zeiten der Inflation und wachsenden Arbeitslosigkeit wird die Frage immer drängender, ob die seit einigen Jahren vernachlässigte soziale Marktwirtschaft, zielkräftig und zukunftsbewusst eingesetzt, in der Lage wäre, unserer sozialen Zukunft wieder Ziele zuzuweisen. Im November/Dezemberheft der «Politischen Meinung» (Ausgabe Nr. 157) schrieben zum Thema:

«Der Weg aus der Krise»

Prof. Dr. Werner Kaltefleiter: «Mit Blick auf 1976», Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg: «Soziale Marktwirtschaft erneuern», Prof. Dr. Alfred Müller-Armack: «Ein Programm der Wertsicherung», Prof. Dr. Alfred Schüller: «Wirtschaft unter dem Grundgesetz», Dr. Rüdiger Altmann: «Marktwirtschaft als Politische Oekonomie», Josef Stingl, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit: «Wie man Arbeitslosigkeit vermeidet», Günter Triesch: «Sozialismus auf Raten».

Herausgeber:	Dr. Bruno Heck Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung für politische Bildung und Studienförderung e. V.
Chefredakteur:	Dr. Karl-Willy Beer

Heftumfang ca. 100 Seiten. Einzelpreis DM 5,-, Jahresbezugspreis für 6 Hefte DM 25,-, für Schüler und Studenten (bei Vorlage einer Studienbescheinigung) DM 16,- inkl. MwSt. zuzüglich Versandkosten.

EICHHOLZ-VERLAG GmbH D-53 Bonn Postfach 458

Praxis zur Theorie

Hat man in Jugoslawien Abschied vom System der Selbstverwaltung genommen, als man acht Belgrader Professoren und Assistenten der «Praxis»-Gruppe den Abschied gab?

Abgesehen davon, dass sie ein Indiz für die dogmatische Kursverhärtung in Jugoslawien darstellt (darüber wird in diesen Tagen auch der Prozess gegen Mihajlo Mihajlov etwas aussagen können), greift die Entlassung der missliebigen Dozenten tatsächlich die Errungenschaft an, die man immer als die Hausmarke des jugoslawischen Wegs zum Sozialismus vorgestellt hat und zu verteidigen angibt. Grundsätzlich unterliegt eine Universität nicht anders als ein Produktionsbetrieb dem Prinzip der Selbstverwaltung. Die Selbstverwaltungsorgane sind an der Universität Belgrad denn auch vorhanden; bloss hatten sie sich geweigert, die obrigkeitlich erwünschten Sanktionen vorzunehmen. Nun hat die serbische Nationalversammlung in den letzten Januartagen durch einen legislativen Akt erwirkt, dass sie von jetzt an zur Ersetzung politisch unzuverlässiger Lehrkräfte befugt ist. Selbstverwaltung unter der Bedingung, dass sie das tut, was Partei- und Staatsbehörden von ihr wünschen. Damit ist die Degradierung einer Institution eingeleitet, die früher einmal Modellcharakter beanspruchte.

Seit 1971 bemüht man sich zusehends, die Selbstverwaltung in den Griff der staatlichen Befehlserteilung zu bekommen. Gerade dagegen hatten sich die acht Entlassenen unter anderem gewehrt. Aber das Bekenntnis zur spezifisch jugoslawischen Institution ist heute anscheinend nicht gefragt.

à propos Mensch

«Der Mensch braucht vor allem, dass sein Telefon klingelt. Der Mensch braucht es, dass man ihn braucht.»

Das sagte der sehr beliebte Leningrader Schriftsteller Jurij German in der letzten Radiolesung vor seinem Tod Anfang der sechziger Jahre. Zitiert wird es in den biographischen Notizen seines Freundes Alexander Stein («Nowyj mir», Nr. 11/1973, S. 168 ff.). Die *Leser* haben German gebraucht. Die *Beamten* weniger.

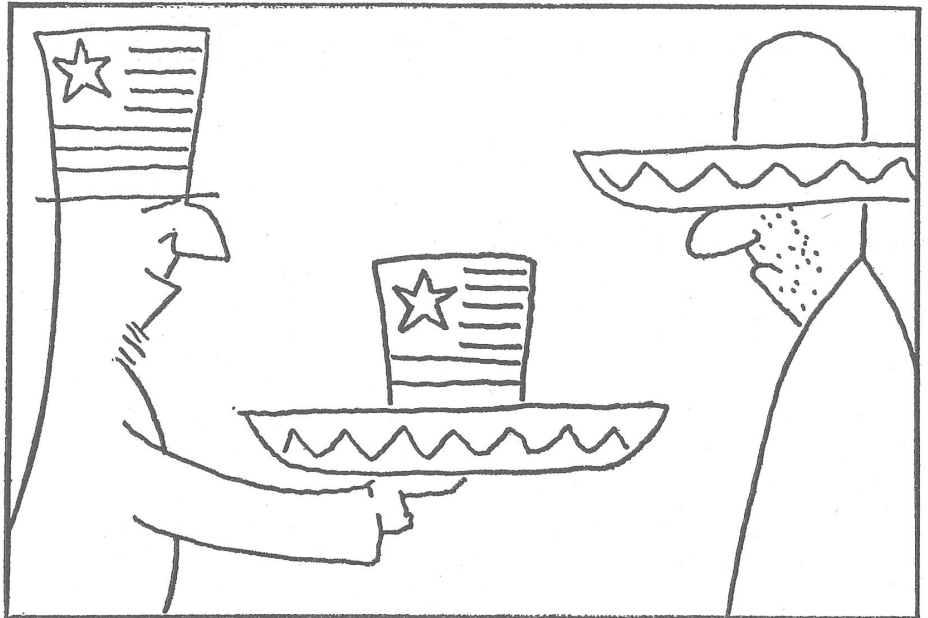
«Hurra' und ‚Alarm' wechselten ab in der literarischen Kritik von Germans Büchern... Anerkennung und Halbanerkennung wichen wieder völliger oder teilweiser Ablehnung. Und bisweilen gab es nur dumpfes Schweigen... Einmal kamen Neuauflagen der Reihe nach... Dann wieder war für jene Bücher, die die Leserbestellungen vormerkten, gerade kein Papier aufzutreiben...

All das traf ihn, falls es ihn nicht verletzte... Die De-facto-Anerkennung der Leser: sie ist da in Zeiten des Lobes wie in Zeiten des Schweigens. Das von ‚gewissen Erwägungen' freie, von Flut und Ebbe der literarischen Mode und vom Ausschlagen des Kritikpendels unabhängige Leserinteresse.»

1932 hatte Gorkij den 19jährigen Jurij German und seinen ersten Roman empfohlen, und der begabte Junge «blieb auf seinem Weg». Paustowskij vergleichbar, der seine Bücher aus der Politik herauszuhalten vermochte. Daher die Liebe der Leser. Auch German befasste sich mehr mit den privaten Anliegen des Menschen.

«Der Mensch braucht vor allem, dass sein Telefon klingelt... Wenn man ihn nicht braucht, ist das eine Katastrophe für ihn. Nur für sich selbst und um seiner selbst willen — das heißt sozusagen, dass einer sich Einzelhaft aufzwingt... Es gibt nichts Beklemmenderes, Aergeres, Sinnloseres als Einsamkeit, die sich einer durch seine Ansicht übers Leben und über das, was sein Leben bewirken sollte, selbst bereitet. Wenn ein Mensch bis zu seinem letzten Tag von andern gebraucht wird — das heißt Leben; das ist dann für den Menschen, das ist für ihn selbst.»

Die Leser fühlen sich verstanden. Auch Professor Sacharow und Frau Vins *brauchen's*, dass ihr Telefon klingelt — ohne Unterbrechung durch Beamte. Vins (als Christ im Kiewer Gefängnis) und Pljuschtsch (als Samisdat-Leser in psychiatrischer Behandlung) und Bukowskij und Moros und... und... — sie *werden* in Freiheit *gebraucht*. Das hiesse Leben für diese Menschen (und ihre Angehörigen). Beamte sind anderer Ansicht; *ihre* Ansicht hat den Genannten und Ungenannten Einzel- oder Kollektivhaft aufgezungen, eine Haft, die Leben zerstört. Ist doch *noch* beklemmender als das Verhalten eines armen Egoisten — dieses Verhalten der Beamten eines argen Systems. HTD



Das Angebot. («Pobjeda», Titograd, 8.2.1975.) Die USA versuchen, Lateinamerika unter ihren Hut zu bringen. Ist das alles, was einem in den Sinn kommt, wenn eine revolutionäre Empörung gegen eine Militärdiktatur festzustellen ist, wie jetzt in Peru?

Unsere Meinung

Panzer gegen die Massen in Lateinamerika. Aber weil es sich nicht um Chile, sondern um Peru mit seinem Links-Image handelt (das «einzig noch verbliebene eindeutig progressive Regime in Südamerika»; NZZ, 8./9.2.1975), sucht man nicht die Verbrechen der Militärjunta bewusst zu machen, sondern spürt mit Akribie die Drahtzieher der Rebellion auf, sei es bei den finsternen Kräften der Reaktion, sei es — was noch alleweil probat ist — bei der CIA. Ist der Kampf gegen eine Militärdiktatur nun legitim und unterstützungswürdig oder nicht? Eine Fragestellung, die in diesem Falle plötzlich weitherum vergessen wird.

Ein Aufstandsversuch ist von den peruanischen Streitkräften niedergeschlagen worden. Die regierenden Militärs können mit Institutionen der Demokratie wenig anfangen, und ihr eigenes Modell eines Obristenregimes hat möglicherweise in den letzten Jahren anderswo Phänomene inspiriert, die als «Bewegung der Streitkräfte» in Aktion treten, beispielsweise in Portugal oder Äthiopien.

Die regierenden Militärs hatten sich in den letzten Jahren schon mit ihrem klassischen Antiamerikanismus ein günstiges Echo in der Weltarena zu schaffen verstanden. Und Präsident Juan Velasco hatte nichts gegen die Auffassung einzuwenden, dass er der eigentliche Erbe von Allende auf dem lateinamerikanischen Kontinent sei; die Meinung, das Allende-Regime habe sozusagen den gültigen Gegensatz zu Militärdiktaturen gebildet, ist anscheinend revisionsbedürftig.

Die Entwicklung in Peru seit der Machtübernahme durch die Armee hat die Adepten der herkömmlichen ideologischen Kategorisierung etwas verwirrt. Man hatte sich angewöhnt, Militärregimes in Lateinamerika wegen ihres autoritären

Gebarens als «faschistisch» einzustufen. Aber nun hat man in Peru den Fall, dass so ein «faschistisch»-autoritäres Regime den ideologisch «richtigen» Interessen dient. Das zeigt sich etwa in der Expropriation amerikanischer Wirtschaftsanteile, in der Verstaatlichung wichtiger Sektoren der landeseigenen Wirtschaft, in der wenigstens verkündeten — wenn auch nicht durchgeführten — Landreform und in der beabsichtigten Schaffung eines neuen Schulsystems. Völlig durchgeführt wurde dagegen die Liquidierung der oppositionellen Zeitungen. Im Juli 1974 enteignete man die gesamte freie Presse, welche das letzte Erbstück der vorherigen demokratischen Ordnung dargestellt hatte. Im Umgang mit den Medien hat die peruanische Junta den Weg konsequent zurückgelegt, den Allende bloss eingeschlagen hatte.

Die Leichtigkeit, mit der diese Veränderungen in Peru dank Militärgewalt durchgesetzt werden konnten, stellen eine erhebliche Versuchung für die fundamental antidemokratischen Kräfte in unserer Welt dar. Wieso sich eigentlich die nicht risikolose Mühe geben, den Schein des demokratischen Weges zu wahren, wenn man das ideologische Ziel durch den direkten Einsatz der bewaffneten Macht erreichen kann? So neu ist das Verfahren übrigens auch wieder nicht. Lenin hatte nach seiner Machtergreifung die konstituierende Versammlung gewaltsam aufgelöst, und später war die Rote Armee den osteuropäischen Ländern bei der Errichtung ihrer Volksdemokratie behilflich.

Die letztjährige Aufhebung der Pressefreiheit in Peru hatte in den übrigen Teilen der Welt praktisch keinerlei Entrüstung ausgelöst. Ein erheblicher Teil der öffentlichen Meinungsträger betrachtet eben die Unterdrückung eines freien Pressewesens nur dann als verwerflich, wenn sie «von rechts» erfolgt. Dabei war die Ausschaltung der privaten Zeitungen in Peru die logische Kulmination einer Politik, die oppositionelle Stimmen systematisch abzuwürgen suchte. ▶

Es ist schon in Hinsicht auf Perus vorherige Erfahrungen mit der Demokratie nicht überraschend, dass sich das Regime einem wachsenden Widerstand der Bevölkerung gegenübergestellt sah. Und es ist schon in Hinsicht auf die internationalistische Unterstützung durch die einschlägigen Bewegungen in aller Welt für das völlig undemokratische Regime Perus keineswegs überraschend, dass man revolutionäre Ereignisse in Peru als restaurative Bemühungen umzudeuten versucht, bloss den amerikanischen Einfluss wieder herzustellen. Ein signifikantes Detail in diesem Zusammenhang: Als man den Chefkorrespondenten von Reuter auswies (die Agentur hatte zuvor auch mit der freien Presse gearbeitet; ergo...), flog man ihn nicht etwa nach Buenos Aires, woher er gekommen war, sondern nach Santiago, quasi um zu zeigen, dass die angebliche Konspiration in Chile zusammengebraut worden war.

Bei alledem geht es nicht an, eine fundamentale Feststellung zu unterschlagen: Es ist nicht verwerflich, sondern legitim, wenn demokratische Kräfte in Peru den für sie lebensgefährlichen Versuch unternehmen, wieder ein Mehrparteiensystem herzustellen und die Armee in ihre Kasernen zurückzuschicken. Und solidarische Unterstützung für demokratische Kräfte ist ja sonst auch keine Schande; wieso dann hier?

Die jüngste Abrechnungskontroverse, die in Washington um die CIA geführt wurde (sie bildet nachgerade den offensten Geheimdienst der Welt), ist ein Geschenk des Himmels für die peruanischen Militärs in ihrem Kampf gegen die demokratischen Kräfte ihres eigenen Landes. Perus frühere demokratische Regierung war auf der Seite der USA gestanden; man gibt sich jetzt alle Mühe, schon diese Tatsache allein als schwerwiegenden Makel hinzustellen.

Die Welt hat in den letzten Jahren dem peruanischen Militärregime sein Handeln unglaublich leicht gemacht, und anderweitige Interessenten werden nicht verfehlen, sich an diesem Beispiel zu inspirieren.

Ian Tickle

In Kürze

Die Rettung des Kommunismus fängt mit dem Ausschluss der Kommunisten an. Seit der Invasion von 1968 sind rund 600 000 Mitglieder aus der KPtsch ausgetreten oder ausgeschlossen worden.

In den ersten Monaten nach ihrer Machtübernahme hatten die Militärs in Chile eine umstrittene (aber keineswegs grosse) Zahl von Personen standrechtlich erschossen lassen, die man je nach Optik als Terroristen oder als Widerstandskämpfer bezeichnen kann. Sie nahm von diesen militärgerichtlichen Massnahmen Abstand, sobald sich die Lage normalisiert hatte. Die chilenische Terrorjustiz ist allerdings ein Begriff geblieben. In Peru dagegen gab es die Todesstrafe für politische Terroristen als Ausdruck der bestehenden Normalität bereits vor den jüngsten Unruhen, und zwar nach folgendem Schema: Untersuchung, Verurteilung und Exekution in-

nerhalb von 48 Stunden nach der Festnahme des Beschuldigten. Die Regelung war nach einem misslungenen Attentat auf zwei Regierungsmitglieder eingeführt und dann beibehalten worden.

Laut Angaben der albanischen Zeitung «Zeri i Popullit» hat die UdSSR ihre Besatzungsarmee in Osteuropa im Verlauf des Jahres 1974 um 100 000 Mann verstärkt. Besonders betroffen sei Ungarn, wo die Zahl der sowjetischen Soldaten nunmehr nahezu dem Gesamtbestand der einheimischen Streitkräfte gleichkomme.

Um arabischen und palästinensischen Wünschen entgegenzukommen, sind internationale Finanzkreise dazu übergegangen, verschiedene Banken, die mit jüdischen Familien verbunden sind oder als israelfreundlich gelten, aus dem Anleihengeschäft und aus routinegemässen internationalen Finanzoperationen auszuschliessen. Der Londoner Bankier Cyril Kleinwort hat dazu ganz offen erklärt, es wäre selbstmörderisch, sich «gegen die Araber zu stellen».

Schlauheit oder Masochismus

Wie die Ostberliner Nachrichtenagentur ADN kürzlich meldete, hat Staatsratsvorsitzender Willi Stoph dem neugewählten Präsidenten der Volksrepublik Bangladesh, Sheikh Mujibur Rahman, ein Glückwunschtelegramm gesandt, in dem, wie es wörtlich hiess, «neue Erfolge bei der Lösung der nationalen Aufgaben Bangladeshs gewünscht werden». Zu welchem Ereignis Stoph tatsächlich gratulierte, das konnte man wenige Tage zuvor dem SED-Zentralorgan «Neues Deutschland» entnehmen:

«Das von der Nationalversammlung von Bangladesh verabschiedete Gesetz räumt dem Präsidenten die gesamte Exekutivgewalt und weitgehende legislative Vollmachten ein. Alle politischen Parteien sind aufgelöst worden; der Präsident ist durch das Gesetz ermächtigt, statt ihrer eine einzige gesamtstaatliche Partei zu gründen.»

Was demnach Willi Stoph in seinem Telegramm an Sheikh Mujibur Rahman begrüsst, ist nicht nur dessen Alleinherrschaft, nicht nur die Beseitigung der Demokratie und des Parlamentarismus, sondern auch die Auflösung der politischen Parteien, einschliesslich der KP.

Es ist bemerkenswert, dass das Verbot einer Bruderpartei für die SED nicht Anlass ist, ihrer sonst üblichen Empörung über die Etablierung eines Diktaturregimes Ausdruck zu geben. Doch ähnliche Beispiele sind auch aus anderen Ländern bekannt. Als zum Beispiel die Existenz der Kommunistischen Parteien Ägyptens und Algeriens der Politik der KPdSU in der arabischen Welt im Wege stand, veranlasste sie in den sechziger Jahren deren Selbstauflösung. Und als die Kommunisten dieser Länder ihre Tätigkeit dennoch fortsetzten und deshalb grausam verfolgt wurden, da schwiegen die Parteiführungen dazu in Moskau und in Ostberlin.

Was die Vorgänge in Bangladesh betrifft, so schweigt die SED nicht; sie schickt im Gegenteil

Glückwunschtelegramme nach Dacca. Kein Wunder, hat doch der politische Masochismus bereits solche Formen angenommen, dass auch die Bruderpartei der SED in Bangladesh ihrer Selbstauflösung mit Begeisterung zustimmt. Wir lesen darüber im «Neuen Deutschland»:

«Der Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei von Bangladesh, Mohammed Farhad, begrüsst in einer Erklärung die am Sonnabend erfolgte Wahl Rahmans zum Präsidenten des Landes. Mit den wichtigen Verfassungsänderungen sei der Anfang für die Errichtung einer wirklichen Demokratie des Volkes und für die Entwicklung des Landes auf dem Wege des Fortschritts gemacht worden.»

Nun wissen wir, was moskautreue Kommunisten unter «einer wirklichen Demokratie des Volkes» verstehen. Oder ist einem Uebersetzer des SED-Zentralorgans ein Fehler unterlaufen, und er hat irrtümlich «Demokratie des Volkes» geschrieben, wo es doch richtiger- und verständlicher Weise hätte «Volksdemokratie» heissen müssen? Dann allerdings wäre alles klar, und es wäre offiziell bestätigt, was ohnehin längst bekannt ist: Volksdemokratie, das bedeutet demnach Alleinherrschaft eines Mannes, Entmachtung des Parlaments, Verbot der Parteien und Schaffung einer einzigen Staatspartei.

ks

Zitiert...

«Man sollte die beiden Supermächte nicht als gleich starke Wölfe betrachten. Der amerikanische Imperialismus ist ein fetter Wolf, der nach allen Seiten zu kämpfen hat. (...) Der junge sozialimperialistische Wolf aber ist ein gefräßiger Wolf und viel gefährlicher. Er streckt seine Krallen nach allem aus, was sein Rivale unter den schweren Schlägen der bewaffneten Völker als Beute aufbitt.»

«L'Humanité Rouge», Paris
Organ der (dissidenten) KPF

ZEITBILD

erscheint alle
zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigen-
verwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar+
Leihkasse Bern 153 400 50, Deutsche Bank
Frankfurt a. M. 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise

Fr. 30.- jährlich (Ausland Fr. 33.-, DM 30.-)

Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-

(Ausland Fr. 22.-, DM 20.-)

Halbjahr Fr. 16.- (Ausland Fr. 17.-, DM 16.-)

Einzelnnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1,50)

Die Hinterräder nehmen die Verpflichtung auf sich, die Vorderräder einzuholen und zu überholen. (A. Kulitsch)

*

«Ich weiss, dass ich nichts weiss.» Das macht gar nichts. Aber wenn es mein Chef weiss, dann gute Nacht! (Z. Melamed)

*

Der Dichter war noch ganz grün, aber schon recht grau. (G. Kostowezkij und O. Popow)
Aus «Krokodil», Nr. 25/1974

Abgedroschene Themen haben für sich, dass man dafür nie verdroschen wird. (G. Kostowezkij und O. Popow)

*

Dass einer sein Lied ausgesungen hat, heisst noch keineswegs, dass man ihn nicht bis zu seiner Pensionierung weitersummen lässt. (N. Fedjurko)
Nr. 23/1974

*

Schade, dass steter Tropfen den Stein weich macht und nicht den Spengler (A. Tschernow)

Sentenzen und Karikaturen



Neubaugebiet ...

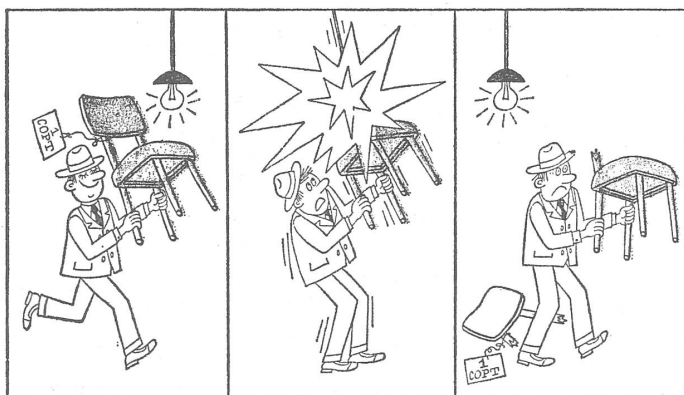
(Nr. 19/1974)



— Завтра в это же время, опять около того типа.

«Also auf morgen um die gleiche Zeit, und wieder bei dem Typ dort» (der immer noch auf den Bus warten wird).
(Nr. 27/1974)

Aus «Krokodil», Moskau



Nochmals zum Thema Qualität. Wer zweifelt daran, dass die Qualität der Glühbirnen Fortschritte macht?
(Nr. 26/1974)



«Ja, mein Liebes, das Kleid ist solide genäht. In dem können Sie noch ein paarmal Hochzeit feiern.»
(Nr. 15/1974)